

Antrag der Fraktion der CDU**Temporäre Sperrung des Sielwalls sofort wieder einführen und finanziell absichern!**

Röhrende Motoren, gefährliche Überholmanöver und Runden drehende Autos, dies fortwährend und über die ganze Nacht: Das Phänomen der Autoposer ist nicht nur in Bremen angekommen, sondern hat sich in den letzten Jahren in Bremen festgesetzt. Besonders die Bereiche Überseestadt rund um die Bürgermeister-Smidt-Brücke und im weiteren Stephaniquartier sowie das Oster- und das Steintor sind hiervon betroffen. Die Menschen werden um ihren Schlaf gebracht und dort Feiernde werden durch die Rücksichtslosigkeit der Autoposer immer wieder in Gefahr gebracht. Der tödliche Unfall an der Bürgermeister-Smidt-Brücke war hierbei ein trauriger Höhepunkt und muss mahndes Beispiel zum Handeln für die Zukunft sein.

Das Phänomen der Autoposer muss dabei von mehreren Seiten in Angriff genommen werden. So ist es am Ende des Tages ein gesellschaftliches Problem, dessen Rücksichtslosigkeit über das Vehikel "Auto" zwar Bahn bricht, aber die Ursachen tiefer liegen. Dies entlässt den Staat aber nicht aus der Verantwortung gegen dieses Phänomen vorzugehen und Maßnahmen zu ergreifen, wissend, dass staatliche Eingriffe hier nicht abschließend sind oder sein können. Das gegenwärtige Aussetzen der erfolgreichen Maßnahmen der Vergangenheit muss ein Ende haben. Die Menschen haben eine ruhige und sichere Nacht verdient. Dies muss als Maßstab für das Handeln des Senats wieder gelten.

Die Stadtbürgerschaft möge beschließen:

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf,

1. zur Bekämpfung des Phänomens der Autoposer folgende Maßnahmen noch dieses Jahr kurzfristig umzusetzen und die Finanzierung sicherzustellen:
 - a) Wiedereinsetzung der Kontrollgruppe gegen Autoposing und illegales Tuning;

- b) Temporäre Sperrung des Sietwalls in den Nächten vor Feiertagen, in der Nacht von Freitag auf Samstag sowie von Samstag auf Sonntag in der Uhrzeit zwischen 21 Uhr und 5 Uhr.
2. der städtischen Deputation für Mobilität, Bau und Stadtentwicklung und der städtischen Deputation für Inneres in regelmäßigen Abständen Evaluationsberichte über die durchgeführten Maßnahmen vorzulegen.

Michael Jonitz, Frank Imhoff und Fraktion der CDU